

4. Klimaverträglicher Pendlerabzug

Antrag der Kommission für Wirtschaft und Abgaben vom 19. März 2024 zur parlamentarischen Initiative von Michael Zeugin

KR-Nr. 186a/2021

Marcel Suter (SVP, Thalwil), Präsident der Kommission für Wirtschaft und Abgaben (WAK): Die Kommission für Wirtschaft und Abgaben, WAK, beantragt den Kantonsrat mit 9 zu 6 Stimmen, die parlamentarische Initiative von GLP-Altkantonsrat Michael Zeugin betreffend «Klimagerechter Pendlerabzug» abzulehnen. Mit der PI wird gefordert, den Fahrkostenabzug von aktuell 5000 auf 1150 Franken zu reduzieren, weil dieser einen Anreiz für lange und damit klimaschädliche Arbeitswege darstelle.

Die WAK behandelte die PI an elf Sitzungen und über einen Legislaturwechsel hinweg. Den vom Erstinitianten eingereichten Erlassentext lehnte die Kommission schliesslich einstimmig ab. In der WAK wurde beraten, ob und wie sich diese Forderung umsetzen lässt. Schliesslich lehnte die Kommissionsmehrheit alle diskutierten Varianten ab. Sie erwartet bei einer Reduktion des Pendlerabzugs Nachteile für Beschäftigte mit langen Arbeitswegen, aber auch keine Lenkungswirkung. Nach Meinung der Mehrheit wirkt sich günstiger Wohnraum ungleich stärker auf die Pendlerbewegungen aus. Zudem sind die geltenden Bestimmungen über den Fahrkostenabzug erst seit 2018 in Kraft und gehen auf einen Volkentscheid zurück. Aus den erwähnten Gründen lehnt die erwähnte Mehrheit aus SVP, FDP, Mitte, EVP und AL PI ab.

Eine Kommissionsminderheit aus SP, GLP und Grünen beantragt, der PI zuzustimmen und diese zur Ausarbeitung einer Gesetzesvorlage an die WAK zurückzuweisen. Konkret liegen zwei Vorschläge zur Umsetzung vor, die sich beim Höchstbetrag für den Abzug und bei den Sonderbestimmungen für Nacht- und Schichtarbeiter unterscheiden. Die SP wollte die PI abändern und den Pendlerabzug auf 3000 Franken begrenzen. Die GLP wollte die PI abändern und, wie bereits in der ursprünglichen PI gefordert, den Pendlerabzug auf 1150 begrenzen, aber diesen Höchstbetrag für jeden Tag, an dem der Arbeitsweg wegen Nacht- und Schichtarbeit nicht mit öffentlichen Verkehrsmitteln zurückgelegt werden kann, um 7.50 Franken erhöhen.

Namens der Mehrheit der WAK beantrage ich Ihnen, die PI abzulehnen.

Paul Mayer (SVP, Marthalen): Diese Forderung der PI Zeugin ist reine Symbolpolitik der Grünen und Linken, ohne jegliche Wirkung für den Klimaschutz. Der Versuch, Pendler durch weniger Steuerabzug auf den öffentlichen Verkehr zu zwingen, ist inakzeptabel. Der öffentliche Verkehr ist oft keine praktikable Option für Pendler in Gebieten mit hoher Wohnungsnot und benachteiligt die arbeitende ländliche Bevölkerung. Es ist unverantwortlich, die individuellen Bedürfnisse der Menschen zu ignorieren und sie finanziell zu bestrafen. Viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer haben keine andere Wahl, als ausserhalb der Städte zu leben,

dass sie sich innerhalb einer Stadt keine bezahlbare Wohnung leisten können. Diese PI betrifft besonders Menschen mit niedrigen Einkommen. Weiter ist die Differenzierung zwischen Steuerpflichtigen mit Nacht- oder Schichtarbeit und übrigen Steuerpflichtigen abzulehnen. Sie führt zu einer unnötigen Verkomplizierung des Steuerrechts und einem wesentlichen Mehraufwand für die Steuerpflichtigen und die Steuerbehörden. Für die betroffenen Steuerpflichtigen müsste im Einzelfall abgeklärt werden, welche notwendigen Mehrkosten aufgrund der fehlenden Möglichkeit der Nutzung des öffentlichen Verkehrs bei Nacht- oder Schichtarbeit entstanden sind, wie man aus dem Bericht des Regierungsrates entnehmen kann. Ein Ansatz für die geforderten Lösungen wäre, mehr Wohnraum zu erstellen. Denn im Moment bauen wir in der Schweiz circa 10'000 Wohnungen zu wenig pro Jahr. Dann könnte man leichter umziehen. Die Arbeitsplatzgebiete haben Sie im Richtplan festgelegt. Und wie ich es im Weinland sehe, sind sie kaum umsetzbar, da man so viele Anliegen mit eingebaut hat. Die SVP wird sich weiter für die arbeitende Bevölkerung in den Städten und den ländlichen Regionen einsetzen. Die SVP/EDU-Fraktion lehnt die PI und die Minderheitsanträge ab, wie die Mehrheit der Kommission für Wirtschaft und Abgaben.

Harry Robert Brandenberger (SP, Pfäffikon): Zu diesem Geschäft möchte ich Goethes «Faust» zitieren: «Zwei Seelen wohnen ach in meiner Brust.» Einerseits haben wir hier die ökologische Seite, andererseits haben wir die soziale Seite. Die ökologische Seite – wir haben es gehört – ist klar: Warum soll der Staat langes Pendeln mit Steuerabzügen finanzieren, wenn hier klimaschädlich vor allem mit dem Auto gefahren wird? Auf der anderen Seite haben wir auch die soziale Komponente: Der Wohnungsmarkt ist dysfunktional in unserem Kanton, man kann nicht einfach eine Wohnung finden. Es ist sehr schwierig, überhaupt zentrumsnah etwas zu finden. Das heisst, man wird eher in Gebiete verdrängt, wo das Wohnen noch günstiger ist. Das hat automatisch eine grössere Pendlerstrecken zur Folge. Zu den zwei Seelen: Im Rahmen eines Psychoanalytikers (????????????????einer Psychoanalyse????????) hat nun die SP versucht, diese zu vereinen und hat einen Kompromiss in die Kommission eingegeben. Der Kompromiss lautet, dass man diesen Pendlerabzug auf 3000 Franken beschränkt. Das ist der gleiche Pendlerabzug wie auf Bundesebene. Wir möchten aber die Leute, die Personen, die Schicht- und Nachtarbeit machen, hier nicht zusätzlich belasten, sondern möchten den Abzug bei 5000 Franken belassen. Leider konnte die SP mit ihrer allumfassenden Weisheit die anderen Fraktionen nicht von diesem Kompromiss überzeugen. Vielleicht kann ich das noch mit diesem Votum und danke Ihnen, die Sie den Minderheitsantrag unterstützen.

Ratspräsident Jürg Sulser: Jetzt möchte ich noch zuerst eine Gruppe von Pro Senectute Zürich bei uns auf der Tribüne recht herzlich begrüssen.

Christian Müller (FDP, Steinmaur): Die FDP steht grundsätzlich ein für einfachere Regelung bei der Steuererklärung, weniger Subventionen und für Steuer-senkungen. Diese PI hat deshalb zwei grosse Fehler: Sie würde das Steuerverfahren zusätzlich verkomplizieren mit einer Härtefallregelung und sie würde höhere Steuern verursachen. Eine Härtefallregelung in anderem Zusammenhang musste vom Kanton Zürich erst gerade abgeschafft werden, da sie nicht rechtskonform war, hier soll nun wieder eine eingeführt werden. Zudem wurde noch eine Sonderregelung diskutiert, welche nur für einen Teil der arbeitenden Bevölkerung gelten würde, nämlich für Nacht- und Schichtarbeitende. Ob dies mit Bundesrecht im Einklang stehen würde, ist äusserst fragwürdig. Die PI führte auch zu einer gesamthaft höheren Steuerbelastung, sie sieht ja keine Kompensation an anderer Stelle vor. Eine höhere Gesamtsteuerbelastung für die Zürcher Bevölkerung ist aus FDP-Sicht aber abzulehnen.

Nebst diesen grundsätzlichen Fehlern der PI sehen wir auch die Wirkung nicht, welche die Initianten versprechen. Es ist davon auszugehen, dass bei der Entscheidung für einen Arbeitsplatz, der nicht gleich neben dem Wohnort liegt, nicht die Möglichkeit eines höheren Pendlerabzugs und dadurch eine gewisse Steuerersparnis im Vordergrund steht. Vielmehr dürfte entscheidend sein, dass der Wohnraum in der Nähe des Arbeitsplatzes nicht zur Verfügung steht beziehungsweise einfach zu teuer ist oder die gewünschte Arbeitsstelle nicht im näheren Umkreis des Wohnortes vorhanden ist. Wir können grundsätzlich davon ausgehen, dass niemand einfach aus Freude am Pendeln eine Stelle wählt, welche zum Beispiel pro Tag zweimal zwei Stunden der wertvollen Freizeit für das Erreichen des Arbeitsplatzes kostet.

Auch das RAV (*Regionales Arbeitsvermittlungszentrum*) spricht für Arbeitslose von einem zumutbaren Arbeitsweg von bis zu vier Stunden pro Tag. Auch hier wird also eine grosse Flexibilität erwartet. Längere Arbeitswege sind heute einfach Realität und entsprechen den Bedürfnissen nach Flexibilität sowohl der Arbeitnehmer- wie auch der Arbeitgeberseite. Wenn ich als Arbeitgeber bei der Beurteilung von Bewerbungen nach Wohnort selektieren würde, dann hätte ich da wohl auch Vorwürfe der Arbeitnehmerseite zu erwarten, obwohl ein Standort in der Nähe unserer Betriebsstätten für uns durchaus wünschenswert wäre. Und zum Schluss kommt noch hinzu, dass die heute geltende Regelung der Begrenzung des Pendlerabzugs erst im Jahre 2018 per Volksabstimmung von der Bevölkerung bestätigt wurde. Eine Anpassung nach so kurzer Zeit ist deshalb nicht angebracht. Also zusammengefasst: Die Forderungen aus der PI sind wirkungslos, rechtlich wohl nicht umzusetzen und verursachen höhere Gesamtsteuerlast und Mehraufwand bei der Steuerbemessung. Das sind für die FDP genug Gründe, die PI abzulehnen.

Monica Sanesi Muri (GLP, Zürich): Wir haben den Fall: Person A wohnt nahe an ihrem Arbeitsort und kann zu Fuss oder mit dem Velo zur Arbeit gehen. Person B hingegen hat einen langen Arbeitsweg und legt diesen mit dem Auto zurück. So weit, so gut. Jedoch wird Person B mit einem Pendlerabzug bei den Steuern begünstigt. Das ist klar ein Fehlanreiz, denn es werden die langen Arbeitswege

gefördert. Wünschenswert sind jedoch möglichst kurze Arbeitswege, den kurze Arbeitswege leisten einen wichtigen Beitrag an den Klimaschutz. Sie reduzieren nicht nur die Zersiedelung und den Druck auf das Kulturland, sondern auch die Verkehrsinfrastruktur kann entlastet werden. Mit der Senkung des Pendlerabzugs wird das Steuergesetz somit klimaverträglicher gemacht.

Die GLP hält nach wie vor am Ziel, das die PI verfolgt, fest und weist diese zur Ausarbeitung einer Gesetzesvorlage an die WAK zurück.

Jasmin Pokerschnig (Grüne, Zürich): Eine Mehrheit in diesem Rat wird heute voraussichtlich den Status quo bezüglich des Pendlerabzugs beibehalten wollen. Weiterhin sollen Fahrkostenabzüge bis 5000 Franken bei den Steuern möglich sein. Nicht einmal der Kompromiss seitens der SP für Fahrkostenabzüge bis 3000 Franken, inklusive der Berücksichtigung der Schichtarbeit, hatte in der Kommission eine Chance.

Gerne bemühen die bürgerlichen Parteien bei der Klimapolitik die Eigenverantwortung, und man müsste dazu nur entsprechende finanzielle Anreize setzen. Doch weit gefehlt, das Gegenteil ist der Fall: Sie unterstützen klimaschädliche Subventionen in Form von Steuerabzügen für das Pendeln. Mir ist schleierhaft, wie Sie so die Überlastung der Infrastruktur entschärfen wollen. Diese Haltung widerspricht übrigens auch dem Mobilitätskonzept von Regierungsrätin Carmen Walker Späh. Darin ist zu lesen, dass die Mobilitätsbedürfnisse möglichst ressourceneffizient mit dem öffentlichen Verkehr sowie dem Fuss- und Veloverkehr abgedeckt werden sollen. Die zurückgelegten Wege sollen kürzer werden. Die Belastungsspitzen im motorisierten Individualverkehr und ÖV sollen begrenzt werden. Es gelte, Wachstumsgrenzen zu respektieren, sagt Frau Carmen Walker Späh, die Mobilität sei jedoch sicherzustellen. Und die NZZ, sicherlich kein grünes Blatt, schreibt am 15. Mai 2024, ich zitiere: «Faktisch ist dieser Steuerabzug eine Subventionierung des Pendelns. Man könnte ihn im Prinzip ohne grosse Bedenken stark reduzieren, zum Beispiel bis auf die Kosten eines lokalen Abonnements für den öffentlichen Verkehr.» Das war die ursprüngliche PI Zeugin.

Steuerabzüge sind populär, auch wenn sie unsozial sind. Personen mit einem hohen Einkommen profitieren weit mehr vom gleichen Steuerabzug als Personen mit einem tiefen Einkommen. Insofern kann man sich in dieser Frage schlecht hinter dem sozialen Aspekt verstecken.

Eine Studie der Schweizerischen Energiestiftung zeigt in ihrer Analyse, dass durch den Abbau den Fahrkostenabzüge, sprich den Abbau dieses Fehlanreizes, eine beträchtliche Energieeinsparung von fast 1 Terawattstunde in der Schweiz erreicht werden könnte. Subventionen für das Pendeln schädigen das Klima und übernutzen die Infrastruktur. Der Fahrkostenabzug gehört auch zu den biodiversitätsschädigenden Subventionen, eine sogenannte Off-Budget-Subvention, sprich eine Vergünstigung oder eine Befreiung von Abgaben. Subventionen, die das Klima und die Biodiversität schädigen, können wir uns schlichtweg nicht mehr leisten.

Aus all diesen Gründen beantragen wir Grünen die Rückweisung zur Ausarbeitung einer Gesetzesvorlage. Und von mir aus auch ohne Schichtberücksichtigung,

was tatsächlich kompliziert wäre, einfach runter mit diesem Steuerabzug! Denn er ist schädlich.

Konrad Langhart (Die Mitte, Stammheim): Die Mitte lehnt die PI und die Minderheitsanträge ab, denn eine Reduktion des Fahrkostenabzugs hat keine Lenkungswirkung und benachteiligt Arbeitnehmer mit langen Arbeitswegen. Sonderbestimmungen für Nacht- und Schichtarbeit sind zudem schwierig umzusetzen, und längst nicht alle Arbeitsplätze sind sinnvoll mit dem ÖV zu erreichen. Natürlich liegen Arbeits- und Wohnort idealerweise möglichst nah beieinander. Leider entspricht das selten der Realität und ist aus den verschiedensten Gründen auch nur schwer möglich. Nicht alle sind so privilegiert wie ich selber mit einem Arbeitsweg von knapp 50 Metern. Nur schon der knappe Wohnungsmarkt setzt da enge Grenzen. Weiter ist im Arbeitsmarkt heute auch die Flexibilität gefragt. Der Arbeitsort kann nämlich mehrmals im Leben wechseln und der gleichzeitige Wohnungswechsel ist in vielen Fällen unmöglich. Zudem sollten die heutigen Bestimmungen – wir haben es schon gehört – aus dem Jahre 2018 nicht schon wieder geändert werden. Vielen Dank.

Donato Flavio Scognamiglio (EVP, Freienstein-Teufen): Dass wir für das Klima etwas machen müssen, darin sind wir uns vermutlich einig. Nicht weil wir das Klima schützen müssen, sondern weil wir ein Interesse daran haben, dass die Hänge nicht rutschen, dass es nicht so heiss wird, dass wir die Menschen schützen. Wir müssen ja nicht das Klima schützen, da sind wir uns, glaube ich, mehr oder weniger einig. Dass wir es gerne hätten, zwei Minuten bis zum Arbeitsplatz zu haben, da sind wir uns auch einig. Also in der Diagnose, denke ich, finden wir eine Mehrheit. Aber die vorgeschlagene Lösung macht einfach keinen Sinn. Sind Sie heute Morgen mit Freude im Stau gestanden? Sind Sie heute Morgen in der S-Bahn gewesen und haben sich gefreut, dass Sie Steuern optimieren können, wenn Sie dann ein paar Franken abziehen können. Glauben Sie wirklich, dass 200'000 Personen jeden Tag nach Zürich kommen, um Steuern zu optimieren? Wir hatten vor 2018 ja keine Grenze, wieso sind wir denn damals nicht alle ins Glarnerland gegangen, wenn die langen Wege ein Businessmodell sein sollten? Glauben Sie wirklich, dass all diese Leute freiwillig so lange unterwegs sind, um ein paar Franken abziehen zu können?

Also, die Idee ist gut, aber die Lösung wird keine Wirkung haben. Wir können alles weglassen, es wird sich am Pendeln so nichts ändern. Schauen Sie, wann hat der Pendelverkehr abgenommen? Das wäre in der Pandemie (*Corona-Pandemie*). Da mussten wir zu Hause bleiben. Alain (*Heiterkeit, gemeint ist Altbundesrat Alain Berset*) hat gesagt: «Bleibt zu Hause!», und dann sind wir zu Hause geblieben. Ich hatte immer ein schlechtes Gewissen, denn auf der Autobahn stand: «Bleibt zu Hause!» Sie wussten nicht, ob Sie noch jemand einladen dürfen. «Bleibt zu Hause!», es ist nicht lange her. Was hat das CO₂ gemacht? Es hat massiv abgenommen. Ein Tag Home-Office bringt 100-mal mehr, als was wir hier alles diskutieren.

Jetzt sagen wir also: «Ab ins Zentrum! Kommt doch alle ins Zentrum!» Und wir haben es erwähnt, ich gebe Ihnen ein Beispiel: Wenn Sie in Uster wohnen und sich endlich ein Häuschen kaufen können und Sie das gleiche Haus in Zürich kaufen wollten, dann würden Sie in Zürich 1 Million Franken mehr als in Uster zahlen. Da stellt sich die Frage doch nicht, ob Sie gerne pendeln und in Uster wohnen, wenn sie 1 Million sparen. Also was wir hier machen, ist Pedicure. Wir haben Rückenschmerzen und wir machen Pedicure.

Das heisst, wir müssen etwas machen für das Klima, wir müssen etwas machen, um den Stau in den Griff zu bekommen, da sind wir uns einig. Aber mit dieser Lösung haben wir fast keine Gewinner. Der einzige Gewinner wäre eigentlich der Fiskus, der dann etwas mehr einnimmt. Dem Klima haben wir nichts gebracht, denn für die 200'000, die da pendeln, haben wir keine Wohnung gebaut. Wir haben also nichts wirklich verbessert. Daher: gut gemeint, aber schlecht in der Umsetzung. Daher werden wir das als EVP-Fraktion ablehnen und auch die Minderheitsanträge nicht annehmen.

Judith Anna Stofer (AL, Dübendorf): Die AL hat die vorliegende PI von Anfang an kontrovers diskutiert. Eine Mehrheit der AL hatte die P damals nicht überwiesen. Manuel Sahli und ich hatten grosse Sympathie für das Anliegen und haben Sie überwiesen. Wir waren und sind immer noch der Meinung, dass man alles ausloten muss, um das Klima zu retten. Aus diesem Grund war es uns wichtig, dass die P in einer Kommission beraten wird.

Nun, die P wurde in der WAK an insgesamt 11 Sitzungen und über einen Legislaturwechsel hinweg hinweg beraten. Dabei stellte sich heraus, dass die P auf dem Papier zwar gut klingt, in der Realität aber schwierig umzusetzen ist und 0 Lenkungswirkung hat. Vor allem die Differenzierung zwischen Steuerpflichtigen mit Nacht oder Schichtarbeit und anderen Steuerpflichtigen lässt sich nicht einfach umsetzen und bietet zudem eine rechtliche Angriffsfläche. Wir haben es bereits gehört vom Präsidenten.

Diese Differenzierung umfasst zudem nicht die ganze Bandbreite an Differenzierung. Sie ist schlichtweg zu wenig differenziert. Es gibt noch viele andere Arbeitnehmende, die aus berechtigten Gründen für ihren Arbeitsweg auf ein Auto angewiesen sind. Eine soziale und gerechte Ausgestaltung des Pendlerabzugs müsse also noch differenzierter ausgestaltet werden. Zu viele Spezialfälle macht aber das Steuerrecht nur schwerfällig, unübersichtlicher und noch ungerechter, weil diese Realität immer mehr Spezialfälle gehabt und das Steuerrecht der Realität immer hinterherhinkt. Eine einfache Pauschale ist in solchen Fällen gerechter und sozialer.

In den Sternen steht weiter, ob dieser Pendlerabzug eine entsprechende Lenkungswirkung entwickelt. Das heisst, die Menschen müssten eine Arbeitsstelle ganz in der Nähe ihres Wohnortes finden am sinnvollsten in G Distanz oder Sie müssten eine Arbeitsstelle finden, die ohne Auto und mit dem ÖV erreichbar ist. Geschätzte Anwesende, um die Menschen zum Umstieg vom Auto auf klimafreundlichere Mobilität zu motivieren, wären gewichtigere Anpassungen nötig, so zum

Beispiel ein Umbau unseres gesamten Wirtschaftssystems. Eine simple Anpassung des Pendlerabzugs ist Pippi-Fax auf dem wichtigen Weg zu einer klimafreundlichen Gesellschaft und darum vernachlässigbar. Die Senkung des Pendlerabzugs von aktuell 5'000 auf 1'150 Franken hätte einzig zur Folge, dass Kanton und Gemeinden je 46 Millionen Franken mehr Mitsteuern einnehmen würden, dass dabei die tieferen Einkommen stärker belastet werden als die hohen Einkommen, ist so klar wie der Samen in den Religionen. Die alternative Liste lehnt darum diese unsoziale und unnötige Gesetzesänderung ab. Wir lehnen auch den Minderheits ab, den Antrag ab.

Ratspräsident Jürg Sulser: Das Wort hat der René Isler Winterthur.

René Isler (SVP, Winterthur): Ja geschätze her, Präsident sehr verehrter Herr Finanzdirektor, liebe Kolleginnen und Kollegen, da staune ich dann schon doch.

Ich meine, wer wer von uns fährt schon gerne und freiwillig ein Wi um 1 einen weiten Arbeitsweg. Ich kenne ja eigentlich niemanden und es ist nach mehr erstaunlich, dass wir noch vor nicht zu all zu langer Zeit da drinnen unserem Pflegepersonal oder allen la Blaurichtorganisationen auch während der Coronazeit applaudiert haben, was sie alles für uns wissen und aber auch noch nach geschoben haben auch politisch, dass man diese Berufe noch attraktiver macht, gehen Sie mal einen morgen. Ich weiss halt auch nicht für die linke Ratszeit ist das ein Unding aber stehen Sie mal einmal im Leben früh auf. Ich meine um den früh so morgens um 4 Uhr, dann schauen Sie mal, ich kenne ihn jetzt als nur vom Kantonsspitalwinter, was morgen um fährt mit süddeutschen Kontrollschildern zu dem Kantonsspital Winterthur fährt unsere Grenzgängerinnen und Grenzgänger, die jeden Tag einen hervorragenden Job im Kantonsspital Winterthur macht, sprich das Pflegepersonal und die Ärzte.

Dazumal das A die Nummer 1, dann haben wir auch sehr viele Organisationenblaulichtorganisationen, die von irgendwo herkommen und morgens um 4 oder 5 ihre Schicht beginnen.

Das alles wäre, müsste ja eigentlich ein Thema sein für die linke Rat zeigen, aber es ist halt schon so, dass wie das kürzlich einmal festgestellt worden ist, dass eigentlich die Arbeiterschaft mittlerweile mehr bei der SVP und bei den Bürgern entsteht, das bei der linken Seiten. Und der guten Letzt noch auch die Adresse der GLP. Das verstehe ich dann schon nicht ganz, wenn Sie sagen, man hat einen Vorteil, wenn man diesen Steuerabzug macht, meine Damen und Herr und wer von 1 ein Beruf hat und einfach von der Sache her nicht dort wohnen kann, wo er arbeitet und einen Abzug macht, der hat aber auch Kost. Also jemand, der einen sehr weiten Arbeitsweg hat, weil einfach diesen Job haben muss, weil er auch noch ein soziales Umfeld hat, weil er eine Familie hat, die die sie oder er zu versorgen hat, der hat auch Kosten. Es ist nicht Apriori so der Personen, die einen weiten Arbeitsweg haben, einfach nur einen Vorteil haben, die haben auch Kosten und diese Kosten decken ja eigentlich dann den Steuerabzug eingeht. Also wer wäre schon, wir müssten eigentlich allen einen Orten geben, die täglich aufstehen und einer Arbeit nachgehen und etwas für unsere Gesellschaft haben, die auch unserem Staat etwas bringen und nicht einfach nur das vom von einer Hausecke

zu anderen gehen und sagen ja wir müssen alles vorbei. Also wer wer arbeitet und Kosten für den Weg zur Arbeit hat, der soll sie auch abziehen können.

Ratspräsident Jürg Sulser: Das Wort hat Thomas Forrer Erlenbach.

Thomas Forrer (Grüne, Erlenbach): Ja ist jetzt der Herr Ratspräsident, wäre der Herr Finanzdirektor Kolleginnen und Kollegen. Wir haben ja vorhin von den von der Pediküre noch ein bisschen was gehört und ich brauche meine Füße eigentlich lieber noch Herr Scania zum Pedalen und dafür brauche ich jetzt nicht in erster Linie eine Pediküre, sondern brauche ich ein gutes Velo oder und für mein Velo kann ich 750 Franken bei den Steuern abziehen jedes Jahr aber das ist es dann und ich sage ich will jetzt hier keine Werbung machen für die grünen. Aber es ist doch so, dass ich mich entschieden habe, so viel wie möglich mit dem Velo die 10 Kilometer von Erlenbach in die Stadt zu fahren und wieder zurück und kein ZVV-Abo mehr deshalb habe obwohl ich eigentlich die ZVV sonst sehr gerne unterstütze und nutze, was heisst das jetzt? Ich kann nur noch die 7 Franken 750 Franken abziehen, aber mein Nachbar oder meine Nachbarin hypothetisch, die jetzt immer für den gleichen Weg jeden Tag das Auto nimmt, die kann dann die 3'000 oder heute 5'000 Franken abziehen oder meine Damen und Herren, jetzt werde ich der die Strassen entlastet, der ökologisch handelt und alle anderen die das auch tun, die werden die können keine Steuerabzüge machen, aber diejenigen, die für den Stau am Bellevue sorgen, diejenigen die dafür sorgen, dass Abgase entstehen und unser CO₂-Ausstoss auf der Strasse erhalten bleibt diejenigen können da noch 5'000 Franken abziehen oder und da frage ich Sie mal ist das jetzt richtig, ist das gerecht. Ich glaube, da braucht es eine Korrektur, da sind wir auf dem falschen Weg. Das möchte ich auch zur AL sagen, wenn Sie das als Pipifax bezeichnen, dann haben Sie ökologisch noch ein bisschen etwas nachzuholen und auch verkehrstechnisch noch etwa ein bisschen etwas nachzuholen. Entschuldigung, dass ich das so direkt sage. Aber unsere Haltung ist kein Pippi FOX mit der Deckelung 200 bei 11'050 Franken nimmt diese P und das sage ich als mit unterzeichne, einen Grundsatz des Gesamtverkehrskonzeptes von Carmen Walker Späh auf und dieses dieser Grundsatz Grundsatznummer 3 ist nämlich, dass kurze Wege zur Verkehrsverminderung beitragen sollen.

Das heisst also, grundsätzlich wird belohnt, wer kurze Arbeitswege hat und wenn wir hier jetzt einfach sagen, ja dieses Instrument bringt nichts, es schafft keine Anreize, es hat keinen Sinn, dann werfen wir doch angesichts dieses Verkehrskonzeptes unsere verkehrspolitische Flinte einfach mal ins Korn. Wir geben eigentlich wir kapitulieren und wir geben auf. Es ist uns egal, dass unsere Strassen überlastet sind. Es ist uns egal, dass Leute mit dem Auto zur Arbeit gehen, obwohl sie sehr gut mit dem Velo oder mit dem ÖV zur Arbeit gehen könnten.

Ich möchte Sie einfach dazu aufrufen, da nochmals zu überdenken, auch verkehrspolitisch unsere Haltung hier zu überdenken und aufzuhören mit diesen Subventionsparadoxen, dass wir einerseits Steuererleichterungen gewähren für klimaschädliches und Verkehrs Überlastendes Verhalten und andererseits dann wieder sehr viele Steuerfranken ausgeben müssen, um unsere Strassen so wie Sie es möchten, zu entlasten und unsere Kapazitäten zu erhöhen oder gleichzeitig Geld

auszugeben für den Klimaschutz, den wir an anderen Orten aber die Klimaschädlichkeit einen an anderer Ort wieder fördern. Zum Schluss: ich frage mich, ob diese Vorlage tatsächlich unsozial ist.

Ich würde sagen, sozial sind kürzere Arbeitswege. Sozial ist auch wenn das RAV aufhören würde, den Leuten zu sagen, 2 Stunden Arbeitsweg hin und 2 Stunden zurück. Das ist zumutbar. Ich würde sagen, das ist unsozial und man kann Leute für solche Jobs nicht verpflichten.

In diesem Sinne möchte ich Sie dazu ermutigen, diese Vorlage zurück in die Kommission zu schicken, um eine Vorlage auszuarbeiten. Ich danke Ihnen ja.

Ratspräsident Jürg Sulser: Das Wort hat die Nicola Sigrist Zürich.

Nicola Siegrist (SP, Zürich): Ja, geschätzte Damen und Herren, also so wie ich das jetzt verstanden habe, hat man sowieso keinen Einfluss darauf, wo man wohnt im Kanton, weil die Situation nach dem Wohn macht. Die ist so krass, dass man eh einfach gezwungen ist durch zu wohnen, wo man eine Wohnung findet. Entsprechend können wir ja auch die unterschiedlichen Steuersätze der Gemeinden Harmonie harmonisieren, weil es spielt ja auch keine. Es gibt ja auch keinen Steuerwettbewerb mehr. Wir können auch keine Anreize mehr ersetzen in eine andere Gemeinde oder habe ich das falsch verstanden. Heute ja Fleisch habe ich es falsch verstanden. Ich glaube aber nicht. Ich glaube, Sie schieben hier diverse Argumente vor, um einfach sich aus der Verantwortung zu stellen, um gar nichts ja gar nichts machen zu müssen.

Erstens, wir müssen im Verkehrsbereich endlich vorwärtsmachen. Das ist die blinde Stelle in der Zürcher und in der Schweizer Klimapolitik mal abgesehen davon, dass die Infrastrukturen überlastet sind, kommen wir dort einfach nicht runter mit den Emissionen und wir müssen das ist ja auch das gesamt Mobilitätskonzept. Wir müssen stärker auf ÖV und Velo und Fuss umlagern und dazu braucht es auch Anreize, dass man er wohnt näher am Arbeitsort wohnt. Sie sind nicht bereit, hier ernsthafte Massnahmen zu ergreifen. Zweitens, das Autofahren korreliert tatsächlich auch mit Einkommen und Vermögenleute mit mehr Geld fahren mehr Auto, auch wenn häufig die Geschichte erzählt wird, dass das Auto das Verkehrsmittel der Armen sei. Die Statistik spricht eine andere Sprache. Je mehr Geld, desto mehr Kilometer, das heisst auch einen Anreiz zu setzen, Auto zu fahren, das hilft denn den Besseren besser verdienten auch stärker.

Drittens, hast du ihr Abzug, das wissen Sie auch, hilft jenen mit den tiefen Einkommen weniger effektiv sozial etwas rauszuholen.

Es sind immer die grossen Einkommen, welche von Steuerabzügen stärker profitieren, die Prägen die können mit einem zusätzlichen Steuerabzug gar nichts anfangen und beziehen. Sie weisen die Merken das ja vor, die ich teilweise gar nicht, weil es sowieso ihre Steuerrechnung auf 0 oder gegen 0 tendiert. Das heisst, wenn Sie etwas machen wi wollen für die Peko Si prekarisierten Gruppen, dann setzen Sie an dort wo es richtig einschränkt bei den Krankenkassenprämien, da sind Sie dagegen jedes Mal bei den Mieten. Da sind Sie dagegen, wenn es darum geht, endlich griffige Massnahmen zu ergreifen. Sie haben die Möglichkeit im übrigen dann, wenn unsere Wohninitiativen zur Abstimmung kommen. Ich befürchte, Sie werden auch gar nicht bereit sein, Sie schieben also ich komme zum Schluss

Schies. Sie schieben also die soziale Frage vor, um jegliche Verantwortung abzugeben. Das ist keine ehrliche Politik. Sagen Sie doch, dass sie nichts machen wollen im Klimabereich und dann lehnen Sie es ab. Damit könnte ich leben. Das ist einfach unehrlich.

Ratspräsident Jürg Sulser: Das Wort hat Raphael Mörgeli Stefan. Einfach wenn ich Ihnen das Wort gebe nicht mehr drücken.

Rafael Mörgeli (SP, Stäfa): Ist gut ist gut. Also sehr geehrter Herr Ratspräsident, sehr guter Finanzdirektor ist jetzt die Kollegin Kling.

Herr Isler, Sie sollten sich vielleicht mehr mit dem Vorstoss und den Anträgen dazu beschäftigen, als abgedroschene Anfeindung gegenüber der linken Ratsseite zu erfinden und Heraus zuhauen. Der Antrag der SP ist ja eben genau so ausgestaltet, dass diejenigen, die Schichtarbeit weiterhin vom Voll die Schichtarbeit leisten, weiterhin den vom Abzug machen können. Diese Falschbehauptung konnte ich nicht. Wie unwidersprochen lassen.

Ratspräsident Jürg Sulser: Das Wort hat Ueli Bamert Zürich.

Ueli Bamert (SVP, Zürich): Ja, sehr geehrte sie geht, Herr Präsident, geschätzter Herr Regierungsrat, Kolleginnen und Kollegen, ich möchte hier doch noch 2 Voredner konfrontieren mit Aussagen, die sie gemacht haben. Zuerst Kollege Sigrist, Sie haben bisschen rhetorisch in die Runde gefragt, ob sie etwas falsch verstanden haben. Die Antwort kann ich ihn gerne liefern. Ja, Sie haben etwas falsch verstanden. Es geht nicht darum, dass man sich in erster Linie nicht aussuchen kann, wo man wohnt. Es geht darum, dass man sich nicht aussuchen kann, wo man arbeitet der Weg, das ist das Problem we man kann nicht einfach da arbeiten, wo man wohnt. Das kann man sich nicht einfach so aussuchen. Also es ist eine ziemlich einfache Überlegung, die ich Ihnen zugetraut hätte, dass sie sie richtig hinkriegen und dann ja es ist unsozial. Man kann es drehen und wenden, wie man will natürlich auch wohlhabende Leute fahren Auto, dann macht es nichts aus, aber es geht hier um die die die Putzfrau, die um 5 Uhr morgen irgendwo ein Bürogebäude putzen muss, die irgendwie an diesen Arbeitsort kommen Ku muss und es geht um die Krankenschwester, die um 4 Uhr morgens ins Krankenhaus kommen und da können Sie schon sagen, ja, wir machen dann, wir machen dann Spezialabzüge für die mit Schichtarbeit, aber Sie wissen genau wie unglaublich schwierig das ist das umzusetzen.

Natürlich fahren auch Leute mit kleinem Budget-Auto. Das wissen Sie genau so wie wir alle.

Und dann noch Kollege Forrer, Sie kommen wie nicht davon heute ist schön und gut ihre Rechnung. Die klingt sehr gut mit dem Velo, dass dass es unfair ist, wenn jemand mehr Abzüge machen kann, wenn er das Auto nimmt nur sie verähm Sie sehen einfach nicht, dass das Auto sehr, sehr, sehr viel höhere Kosten verursacht als ihr Velo. Was kostet sie ihr Velo sie go. Sie kaufen hoffentlich nicht jedes Jahr ein neues Velo für 750 Franken vielleicht, wenn Sie jeden Tag 10 Kilometer fahren, ist das vielleicht nötig, aber beim Auto kostet ja nur schon die Versicherung mehr als diese 750 Franken und die Steuern die Kosten ja auch ich zahle 500

Franken pro Jahr steuern und dann kommt die Versicherung das Tanken des Partners kommt ja alles dazu. Natürlich kann man da mehr abziehen. Das ist schon klar und apropos Steuern hervor, jetzt müssen Sie gut zuhören.

Sie müssen froh sein. Herr Forrer hört mir nicht zu. Sie müssen froh sein, um all diejenigen, die mit dem Auto in die Stadt fahren, in die Zahlen mit ihren Steuern, ihren Velowege ja ja.

Ratspräsident Jürg Sulser: Das Wort hat Jasmin Pokerschnig Zürich.

Jasmin Pokerschnig (Grüne, Zürich): Jetzt wird es lustig herzlich also mal so viel es hört sich so an hier im Raum, dass wir alle gezwungen sind, da zu wohnen und dort zu arbeiten. Ja, lieber Uri, du bist doch nicht gezwungen bei Swiss Oil zu arbeiten. Du findest jeder zweite eine andere Stelle und klar der Wohnungsmarkt ist schwierig, da sind wir uns einig über die Lösung und dazu überhaupt nicht. Aber wir gewichten in unserem Leben immer, wenn wir eine Entscheidung treffen. Wir gewichten wir eben eine Gewichtung vor.

Ist es mir Wert, diesen Arbeitsweg zu nehmen für diese Arbeit und dass ich mein Haus dort behalten kann oder dort bleiben kann. Wir nehmen immer eine Gewichtung vor, zumindest die meisten Leute und die Menschen, die keine Gewichtung vornehmen können.

Das sind wahrscheinlich 10 Prozent, würde ich jetzt mal sagen, das sind die arbeitsbetroffenen Menschen, die die zum die die zu Scheisslöhnen irgendwo heftig arbeiten müssen und die haben kein Auto, die sind die die müssen manchmal zu Fuss gehen, weil sie sich es nicht erlauben können, die Fa, die die Fahrkostenpreise zu bezahlen und wenn wir sozial sein wollen hier drin, dann rufe ich auf, dass wir für Arbeitsbetroffenenpreisminderungen machen beim ÖV. Das wäre eine wirksame soziale Massnahme und alles andere, was ihr drin gesagt wird. Wir sind alle so gezwungen nein, meine lieben Damen und Herren, wir nehmen jeweils Gewichtungen vor und jeder Entscheid hat zu einen Preis.

Ratspräsident Jürg Sulser: Ich möchte jetzt alle Anwesen bitten, sachlich argumentieren und Scheisslöhne dieses Wort gehört nicht hier drin tut mir Leid. Ja, das Wort hat Manuel Sahli Winterthur.

Manuel Sahli (AL, Winterthur): Ja ja geschätzte anwesend, vielleicht muss man gewisse Sachen einfach beim Namen nehmen teilweise ja ich müsste noch ein Feedback geben betreten da wir auch vorher noch von Grün angesprochen wurde. Ja die was ich uneins, Frau Stoffrat es bereits erwähnt und ja der Pendlerabzug stört den er hat eine unerwünschte Steuerwirkung der Meinung sind wir auch. Doch wir sind auch der Meinung, dass wir bei der Klima Rente haben, die ein in den Köpfen von allen Ankommen muss auch alle ansprechen müssen und dies und dass dies auch überall ankommt, müssen wir auch alle mitnehmen und es nützen uns auch nichts. Übrigens wenn schlussendlich jemand auf das Auto verzichtet, es aber dann schlussendlich nicht im Kopf ankommt und dann gleicht diese Leute gleichzeitig mit dem Flugzeug in die Ferien fliegen und sonst so in den Wert Geschickte herum zu schätzen.

Soweit zu meinem Ausflug hierzu und daher bin ich auch der Meinung, dass wir die Leute nicht verrückt machen sollten und diese Vorlage hier erachten. Wir erachten die AL genau in dieser Art ein bisschen unausgereift, da sich, da sie genau

geeignet ist, die Leute unnötig zurück zu machen und sie daher unserer Sache am Ende nichts nützt. Wir müssen die Klimawende unbedingt sozialverträglich ausgestalten und wir müssen dabei alle mitnehmen und genau hier liegt auch die Schwierigkeit. Armutsbetroffene dürfen hierbei auch nicht abgehängt werden.

Die alt eh wird daher diese Vorlage hier ablehnen. Wir bleiben hier aber dran und sind offen für weitere Lösungsvorschläge, denn der aktuelle Pendlerabzug und ich denke dies ist auch wichtig an zu festzuhalten ist hierzu auch nicht die optimale Lösung und ebenfalls möchte ich auch nicht ausführen, dass der Grossteil, der mit dem Auto pendelt, hier hierauf nicht angewiesene sein dürfte. Der Grossteil, der das Auto benutzt, dort könnte auch lockere ÖV der oder auch der mit dem Velo unterwegs sein. Das wäre kein Problem und daher ist auch der Grossteil von diesem Pendlerabzug wohl bevorteilt und weil es gar nicht notwendig wäre, aber leider gibt es auch den anderen Teil den anderen Teil, den wir ebenfalls mitnehmen müssen und.

Ratspräsident Jürg Sulser: Das Wort hat der Rosmarie Joos Dietikon.

Rosmarie Joss (SP, Dietikon): Herr Ratspräsident, Herder Finanzdirektor, meine Damen und Herren, letztendlich geht es ja Ihnen darum, dass mehr Auto gefahren wird, dass der Bin das der Benzinlobby ist. Natürlich ist es gut Finde wenn der Benzinverbrauch steigt, ist wenig verwunderlich, kann ich auch bestehen.

Was ich weniger verstehen kann, ist zum Beispiel die FDP. Sonst wird gerne von Eigenverantwortung persönlicher Verantwortung Anreizsystemen geredet. Das hätten wir eigentlich mit der Lösung, die wir vorschlagen.

Da Ihnen ist das wieder nicht wichtig aber stimmt wahrscheinlich stört das sie nicht darum, weil es geht Ihnen ja letztendlich darum, dass die reichsten etwas weniger Steuern zahlen würden. Das bekommen Sie mit ihrer Lösung. Sagt sie also bitte ehrlich. Dann hat, weil eben das mit den ärmeren das ist wirklich nur vorgeschoben. Uli Bammert hat fast schon trennen Drüsen artig schöne Beispiele von genau jenen erwähnt die ganz früh zur Arbeit müssen. Das wäre eben dann gerade Schicht arbeitend. Das ist alles von unserem Antrag abgedeckt. Also seien Sie wenn es Ihnen wirklich um diese Leute geht, die tatsächlich ge mit dem Auto gehen müssen. Stimmen Sie unserem Antrag zu und lehnen Sie den Mehrheitsantrag ab.

Ratspräsident Jürg Sulser: Das Wort hat unser Finanzdirektor Ernst Stocker und.

Regierungsrat Ernst Stocker: Ja was soll man da noch sagen? Herr Präsident, geschätzte Damen und Herren Kantonsräte. Eigentlich dachte ich, diese P hat keine lange Diskussion vor sich. Die Mehrheiten sind klar, aber es ist immer wieder spannend an einem Montagmorgen zu erleben, zu was gewisse Geschäfte führen können und darum möchte ich keine Argumente wiederholen. Ich kann es kurz machen man.

Die Regierung lehnt die P ab und insbesondere geht es uns nicht um Studien oder Argumente von der NZZ, sondern ich möchte Sie daran erinnern, 2018 war dieser Pendlerabzug nach mindestens einer längeren Debatte als heute. Es wäre ein Teil des Lü. Wenn Sie sich noch erinnern mögen, wurde dieser Pendlerabzug von 5'000 Franken durch das Volk abgestimmt und bestätigt also 2018 und heute ist

ja der Pendlerabzug ab 2024 5200 Franken Teuerungsausgleich kalten Progression. Deshalb ist der Regierung der Meinung, man sollte es so belassen. Ich bitte Sie, die P nicht zu unterstützen. Besten Dank und.

Ratspräsident Jürg Sulser: Das Wort wird nicht mehr gewünscht. Wir kommen zur Abstimmung. Wer dem Kommissionsantrag zustimmen und nicht auf die Vorlage eintreten will, drücke Taste 1.

Wer den Minderheitsantrag Hösch zustimmen und die P an die Kommission zurückweisen will, drücke Taste 2 wer sich der Stimme enthalten will, drücke Taste 3 sind das das. Ja, das und.

Abstimmung

Der Kantonsrat stimmt dem Antrag mit 98: 76 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Ratspräsident Jürg Sulser: Wieder einer: Sie haben den Kommissionsantrag mit 98 zu 76 Stimmen bei 0 Enthaltungen zugestimmt und die parlamentarische Initiative 186 20 21 abgelehnt.

Römisch 2 keine Wortmeldung so genehmigt das Geschäft ist erledigt. Wir schalten jetzt die Pause ein und fahren vor 10 Uhr 25.